

Immense Einsparungen durch LED

Beleuchtung in VG Monsheim wird überall auf neue Technik umgerüstet / Die sieben Ortsgemeinden werden dabei finanziell nicht belastet

Von Christine Bausch

VG MONSHEIM. Was auf den ersten Blick wie eine Formalie erscheint, ist in Wirklichkeit eine echte Erfolgsgeschichte: die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik. In der Verbandsgemeinde Monsheim ist dieses Projekt jetzt abgeschlossen. Die Zahlen sprechen für sich. Und wie so oft gibt es dabei im Süden Rheinhessens eine Besonderheit.

Alte Technik seit 2015 verboten

Im VG-Rat blickte Stefan Radmacher von den VG-Werken auf den Start des Projekts 2013 zurück. „Die alten Quecksilberdampf Lampen waren ab 2015 nicht mehr zugelassen“, erklärte er. „Gleichzeitig ging die Straßenbeleuchtung an die AÖR Energieprojekte Monsheim über.“ Genau 1.612 Straßenlaternen seien es damals gewesen, inzwischen sind es mehr als 1.800, weil mehrere Baugebiete neu hinzugekommen sind.

Insgesamt kostete die Umstellung knapp 724.000 Euro, die förderfähige Summe wurde mit 636.000 Euro berechnet. Dafür gab es 143.850 Euro an Zuschüssen vom Bundesministerium für Wirtschaft



Auch in der VG Monsheim leuchten jetzt mehr als 1.800 Straßenlampen mit LED-Technik.

Foto: Boris Korpak/pakalski-press (Archiv)

und Klimaschutz, der Nationalen Klimaschutzinitiative und der Zukunft Umwelt Gesellschaft. „Das entspricht

einer Förderung von 23,65 Prozent, was auf diesem Gebiet sehr gut ist“, sagte Radmacher. Die Umstellung wur-

de auf vier Förderprojekte verteilt.

Der größte Pluspunkt in der Verbandsgemeinde: Die Orts-

gemeinden wurden mit diesen Ausgaben nicht belastet, weil sie komplett über die Erträge aus den von der AÖR Energie-

projekte betriebenen Windkraftanlagen abgedeckt waren.

„Die Energieeinsparungen waren zudem so deutlich, dass wir vorzeitig auch die uralten Natriumdampf Lampen mit einbezogen haben.“ Durch die LED-Technik lasse sich der jährliche Verbrauch um 403.700 Kilowattstunden senken. Konkret habe der Verbrauch 2015 bei 568.500 Kilowattstunden gelegen, im Jahr 2023 waren es noch 133.900. Das entspricht einer Einsparung von 76 Prozent. Die Kosten reduzierten sich dadurch von 76.765 auf 20.500 Euro. Das macht unterm Strich Minderausgaben von 73 Prozent. Für einen Zeitraum von 20 Jahren ergibt sich daraus eine CO₂-Einsparung von 4.444 Tonnen.

Verbandsgemeinde gehört zu den Vorreitern

„Da sind wir wirklich ganz weit vorne“, sagte Stefan Radmacher. Solche praktischen Erfahrungen würden viel mehr bringen als alle in Auftrag gegebenen Studien, bemerkte VG-Bürgermeister Ralph Bothe (SPD) in Anspielung auf den Landkreis Alzey-Worms, der zuletzt eine Klimaschutz-Vorreiterstudie beschlossen hatte.